

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Band: 56 (1976-1977)
Heft: 11

Rubrik: Blickpunkt

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 08.11.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

ZUM LETZTEN MAL?

Am 13. März hat das Schweizervolk über zwei weitere Initiativen der «*Überfremdungsgegner*» abzustimmen – und dies nur zweieinhalb Jahre nach der massiven Verwerfung der dritten Initiative im Oktober 1974, als den 879000 Ja-Stimmen nicht weniger als 1,59 Millionen Nein gegenüberstanden. Diese erstaunliche Massierung von Urnengängen zu ein und demselben Thema wirkt noch befremdlicher, wenn man weiss, dass die nun zur Diskussion stehenden Volksbegehren bereits ein halbes Jahr vor der letzten Abstimmung, also gewissermassen auf Vorrat, eingereicht worden waren. Die «feindlichen Brüder», Republikaner und Nationale Aktion, trugen damals einen eigentlichen Wettlauf um Unterschriften aus, was sie nicht hindert, nun miteinander zu marschieren und für den 13. März eine Kampfgemeinschaft zu bilden.

Die *Republikaner*, die damals das Rennen um den zeitlichen Vorrang knapp gewonnen hatten, präsentieren die «*Vierte Überfremdungsinitiative*». Diese strebt einen Abbau um 300000 Ausländer innert zehn Jahren an. Die Zahl der Niedergelassenen und Aufenthaltler soll danach 12,5% der schweizerischen Wohnbevölkerung nicht übersteigen. Andererseits sollen «volkswichtige Dienstleistungsbetriebe» bei der Rekrutierung von Saisoniers begünstigt werden. Die *Nationale Aktion* ihrerseits strebt mit der «*Fünften Überfremdungsinitiative*» eine Beschränkung der Einbürgerungen auf 4000 pro Jahr an, solange «die gesamte Wohnbevölkerung

der Schweiz die Zahl von 5500000 überschreitet».

Beide Gruppierungen werfen sich einmal mehr zu Gralshütern der nationalen Existenz und Identität auf; beide operieren dabei mit Hypothesen, die ganz einfach an unserer Wirklichkeit vorbeigehen und auch zu zentralen staatspolitischen Grundsätzen in Widerspruch stehen. Die Einbürgerungsinitiative sieht völlig an der Tatsache vorbei, dass unser Land weltweit bekannt ist für ein Integrationsverfahren, das hochgradige Assimilation voraussetzt und sehr selektiv gehandhabt wird. Darüber hinaus passt sie mit ihrer zentralistischen Tendenz in unsere föderalistische Landschaft wie die berühmte Faust aufs Auge.

Die republikanische Initiative ihrerseits geht völlig an den wirtschaftlichen Realitäten vorbei. In ihrer Rigorosität wäre sie weit entfernt davon, Arbeitsplätze für Schweizer zu sichern. Vielmehr würde sie als grobschlächtige Rosskur über den Fremdarbeiterabbau hinaus weitere Arbeitsplätze gefährden. Das Zückerchen einer vergrösserten Saisonierzahl könnte sich auch für die direkt bevorzugten Branchen als fatale Fehlspekulation erweisen, da gerade die Saisonbetriebe gleichzeitig mit wesentlichen Personalausfällen im Rahmen der Abbaumassnahmen für ganzjährig anwesende Arbeitskräfte zu rechnen hätten. Dass die Initiative gleichzeitig zu einer Kette von Rechtsbrüchen auf internationaler Ebene führen müsste, sei nur nebenbei erwähnt.

Die Abstimmung wurde sehr kurzfristig auf den kommenden März fixiert. Darum läuft auch die öffentliche Auseinandersetzung nur zögernd an. Daraus ableiten zu wollen, die Sache sei schon im Hinblick auf die Entschärfung der Überfremdung durch die Rezession «praktisch gelaufen», kommt einer gefährlichen Täuschung gleich. Die Theorien der beiden Überfremdungsparteien sprechen emotional nach wie vor beträchtliche Kreise an. Der Informationsgrad der Öffentlichkeit ist gering, und die Zeit für eine sachlich fundierte Aufklärung ist allzu kurz. So ist ein energischer Einsatz aller Einsichtigen unerlässlich, um unser Land vor einer Abstimmungspanne zu bewahren, die in verschiedenster Hinsicht fatale Folgen haben müsste.

Wichtig wäre vor allem ein *deutliches Resultat*. Im «Republikaner», dem Hausorgan Nationalrat Schwar-

zenbachs, stand vor einigen Wochen eine Abstimmungsvorschau unter dem Titel «Eine letzte, aber gute Chance» zu lesen. Die Republikaner scheinen also den Urnengang vom 13. März als *letzten Gang* zu betrachten. Bei der Nationalen Aktion sieht es etwas anders aus. Diese Partei hat bereits Initiative Nr. 6 lanciert, diesmal allerdings mit einer Rückzugsklausel. Es wird also wesentlich von der Qualität des Abstimmungsergebnisses abhängen, ob die Zwängerei der «Überfremdungsgegner» eine rasche Fortsetzung finden wird oder nicht. Gesamthaft betrachtet wäre es sicherlich an der Zeit, wenn in diesem Problemkreis endlich Ruhe einkehren würde. Wir haben heutzutage wahrhaftig anderes zu tun, als unsere politischen Kräfte in kurzen Abständen in immer gleichen Abstimmungsthemen zu verzetteln.

Richard Reich

VOR NEUEN WENDUNGEN IM NAHOSTKONFLIKT

Wenn nicht alle Zeichen trügen, wird der Nahostkonflikt im laufenden Jahr *neue Akzente* erhalten. Auf *arabischer Seite* zeichnen sich veränderte strategische Konzeptionen ab. *Israel* hingegen tritt in eine Phase innenpolitischer Auseinandersetzungen, die im Schatten der auf Mitte Mai angesetzten Knesset-Wahlen stehen. Über allem aber lagert schliesslich die Ungewissheit, welche Richtung die amerikanische Mittelostpolitik unter der Administration *Carter* einschlagen wird. Araber wie Israeli blicken mit Hoffnung und Sorge den kommenden Monaten entgegen.

Die Symptome, dass die arabischen

Länder auf eine schnellere Gangart drängen werden, sind mit Händen zu greifen. Für sie ist die Lage günstig. Der Bürgerkrieg in *Libanon* hat praktisch sein Ende gefunden. Die unberechenbare PLO («Palästinensische Befreiungsorganisation») erscheint gezähmt und in den Rahmen einer arabischen Globalkonzeption eingeordnet. Damit stehen die «Frontstaaten» – Ägypten, Jordanien, Syrien und Libanon – gewissermassen in einer Linie. Hinter ihnen erhebt sich die mehr oder minder geschlossene Front der «Brudernationen», die mit Solidaritätsbekundungen nicht geizen und die – wie Minister

Yamani auf der Opec-Konferenz im Dezember antönte – entschlossen sind, in der Konfrontation mit Israel die «Erdölwaffe» so wirksam wie möglich für die arabische Sache einzusetzen.

Vor diesem Hintergrund müssen die Erklärungen gesehen werden, welche der ägyptische Präsident *Sadat* um die Jahreswende abgegeben hat. Er verlangte nicht nur den Verzicht auf die «Schritt-für-Schritt-Politik» des amerikanischen Staatssekretärs *Kissinger*, sondern brachte als neuen Faktor *Jordanien* ins Spiel. Bekanntlich hat das haschemitische Königreich auf der Konferenz von Rabat 1974 auf seine Ansprüche im Westjordanland verzichtet und damit die PLO als legitime Repräsentantin des palästinensischen Volkes anerkannt. Nun konstruiert *Sadat* eine Art *Föderation* zwischen Jordanien und dem zu schaffenden Palästinenserstaat. Das heisst mit andern Worten: nicht mehr nur die revolutionäre, mit dem Odium des Terrorismus behaftete Bewegung *Arafats* würde in den heute noch unter israelischer Besetzung stehenden Territorien ihre Herrschaft etablieren, sondern auch das konservative Jordanien *Husseins* könnte sich ein Mitspracherecht in diesen Gebieten verschaffen. Die Gefahr, dass hier ein Unruheherd entstünde, von dem aus Moskau beispielsweise wirksamere Aktivitäten im Nahen Osten entfalten könnte, scheint damit zumindest verringert.

Noch lässt sich nicht erkennen, ob es sich bei den Anregungen *Sadats* vor allem um einen taktisch geschickten Schachzug handelt, durch welchen er Israel und die Vereinigten Staaten an den *Konferenztisch nach Genf* zurückzuzwingen versucht, wo sie sich der geschlossenen Front der – dann möglicherweise auch um Libanon vermehr-

ten – arabischen Staaten gegenübersehen, die eine rasche Räumung der seit 1967 von Israel okkupierten Zonen durchzusetzen suchten, ohne die von der Gegenseite geforderten Garantieleistungen abzugeben. Unter diesem Aspekt bliebe Israel kaum etwas anderes übrig, als den arabischen Vorschlägen ein «Nein» entgegenzusetzen und sich damit automatisch in eine Abseitsposition zu manövrieren.

Auf der andern Seite enthalten die neuen arabischen Vorstellungen für Israel auch eine *Chance*. Dadurch, dass *Hussein* wieder als möglicher Verhandlungspartner auftritt, erscheinen Lösungen im Bereiche Cisjordanien leichter zu bewerkstelligen, als das zu jener Zeit der Fall war, da die intransigente PLO allein den Vertretungsanspruch auf die besetzten Gebiete erhob. Weitherum hat man es in Israel als eine verspielte Gelegenheit beurteilt, dass man vor Rabat nicht versucht hatte, mit dem jordanischen Königreich zu einem für beide Seiten tragbaren Arrangement zu gelangen. Nun plötzlich eröffnen sich diese Perspektiven vielleicht wieder.

Damit ist der Ball Israel zugespielt, das versuchen muss, ungeachtet der innenpolitischen Zerreißprobe, die dies bedeuten könnte, auf *Sadats* Signal mit *konstruktiven Gegenvorstellungen* zu antworten. Ob damit der Teufelskreis des Nahostkonflikts tatsächlich durchbrochen werden kann, bleibt zwar nach wie vor ungewiss; aber selbst die kleinste Bewegung scheint im Augenblick besser als das starre Beharren auf Positionen, die sich eines Tages als unhaltbar erweisen könnten.

Alfred Cattani

DYNAMISCHER SOZIALSTAAT SCHWEIZ

Wer es heute wagt, den sozialpolitischen Dynamikern einige unangenehme Fragen zu stellen, setzt sich der Gefahr aus, als Ewiggestriger, als Reaktionsär, als asoziales Element abgestempelt zu werden. Die Furcht vor einem solchen Etikett veranlasst denn auch die meisten Politiker, sich auf dem sozialpolitischen Parkett höchst vorsichtig zu bewegen. Und dies wiederum dürfte der Hauptgrund dafür sein, dass die Forderung nach einem wesentlich weitergehenden Ausbau des sozialen Leistungsstaates auch in unserem Lande kaum ernsthaften Widerständen begegnet.

Wer jedoch unvoreingenommen und unbelastet von politischen Prioritäten die in unserem Lande grassierende sozialpolitische Geschäftigkeit betrachtet – praktisch alle grossen Sozialwerke befinden sich in Revision –, der muss zumindest zwei Fragen von einiger gesellschaftspolitischer und wirtschaftspolitischer Relevanz stellen:

1. Ist der nun eingeschlagene Weg zum *sozialen Versorgungsstaat*, der nach dem Giesskannenprinzip seinen Segen auch dorthin verteilt, wo er nicht, oder nicht dringend gebraucht wird, ordnungspolitisch noch zu vertreten?
2. Und sind die *Kosten* der Sozialleistungen, so wie sie nun in die politische Pipe-line eingespeichert worden sind, noch zu verkraften?

Während der ordnungspolitische Bezug der Sozialpolitik in der Schweiz überhaupt nicht diskutiert wird, löste die Kostenfrage im Zusammenhang mit den Defiziten in den öffentlichen

Haushalten, vor allem natürlich mit jenem im Bundeshaushalt, wenigstens einen gewissen, allerdings nur schwachen Widerhall aus. Im Departement des Innern zu Bern geht es offenbar in erster Linie um *sozialpolitischen Denkmalsbau*, um eine zügige Vorwärtsstrategie, die sich weder um die Architektur des Denkmals, noch um die mit seiner Errichtung verbundenen Aufwendungen kümmert. Wäre es aber nicht gerade Aufgabe der höchsten Landesregierung, sich um die Erarbeitung einer Konzeption zu bemühen, deren Bezug zu den Ordnungsgrundlagen einer Marktwirtschaft und einer Gesellschaft freier Menschen wenigstens noch einigermaßen sichtbar ist? Es ist ordnungspolitisch keineswegs gleichgültig, *wie* Sozialsysteme ausgestaltet sind.

Der zweite Aspekt, jener der *Kostenrelevanz* eines Sozialsystems, ist von nicht weniger brennender Aktualität. Wer zur Kenntnis nimmt, dass 1974, dem letzten Jahr, für das vollständige Zahlen vorliegen, die Leistungen der sozialen Wohlfahrt das Volumen von bereits 55% aller öffentlichen Ausgaben erreicht haben, wird von einem *un guten Gefühl* beschlichen. Sozialleistungen fallen nämlich nicht wie Manna vom Himmel. Sie müssen erst von der Wirtschaft erarbeitet werden, sind also nicht beliebig expandierbar. Wenn die Sozialpolitik auf diese Restriktion glaubt keine Rücksicht nehmen zu müssen, so treibt sie ein gefährliches Spiel; sie stellt nämlich ihre eigene Leistungsfähigkeit aufs Spiel. Es ist längst kein Geheimnis mehr, dass der Ausbau des schweizerischen Sozialsystems neue Belastungen von beträchtlichem Ausmasse

bringen wird. Einigermassen genaue Angaben über die Kostenfolge dieser Politik zu haben, wäre bestimmt kein Luxus.

Nochmals: Es geht in keiner Weise um die Infragestellung des Sozialprinzips oder gar um einen Abbau bestehender sozialer Leistungen. Hingegen geht es sehr prononciert um die Frage,

ob unsere Sozialpolitik konzeptionell auf dem richtigen Wege ist und ob ihr Ausbau finanziell derart gesichert werden kann, dass in einer allzu fernen Zukunft nicht böse Überraschungen eintreten werden – wie das von andern Ländern vorexerziert wurde.

Willy Linder

Kommentare

BLICK AUF DAS WIRTSCHAFTSJAHR 1977

Das auffallendste Merkmal der heutigen Konjunkturbeurteilung ist die grosse Unsicherheit, die sowohl in Wirtschaftskreisen, bei wissenschaftlichen Instituten als auch bei den Behörden herrscht. Während sich noch bis Mitte 1976 ein vorsichtiger Konjunkturoptimismus durchzusetzen begann, ist das Stimmungsbarometer gegen Jahresende wieder merklich gesunken. Offenbar ist die öffentliche Meinung heute so sensibilisiert, dass bereits kleine Einbussen an Zuwachserwartungen beziehungsweise die Rückwärtsrevision von früheren Schätzungszahlen genügen, das Vertrauen in die künftige Entwicklung zu erschüttern.

Wie wird also unser schweizerisches Wirtschaftsjahr 1977 aussehen? Wird es noch schwieriger sein als 1976, wie es der Direktor des Vororts zum Ausdruck brachte? Gehen wir wirklich, wie es der Chefredaktor der *Schweizer-*

rischen Handelszeitung andeutete, einem neuen Konjunkturtal entgegen? Oder ist es nicht eher so, dass die wirtschaftliche Gesamtlage zwar nach wie vor schwierig, der Tiefpunkt aber überwunden ist und der Zukunft mit Zuversicht entgegengesehen werden darf – wie es im Herbst 1976 von bekannten Wirtschaftsprofessoren am Seminar der Weiterbildungsstufe an der Hochschule St. Gallen oder von Mitgliedern des Direktoriums der Schweizerischen Nationalbank bei verschiedenen Anlässen zum Ausdruck gebracht worden ist?

Weltwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Zunächst darf davon ausgegangen werden, dass die Weltwirtschaft den tiefsten Punkt der Rezession im wesent-